

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Keine Verlegung von Bundeswehr-Einheiten nach Litauen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Pläne der NATO, vier weitere neue Bataillone in den baltischen Staaten und Polen aufzustellen, stellen eine weitere Eskalation der militärischen Situation in Osteuropa dar. Eines dieser Bataillone soll, unter Führung der Bundeswehr, in Litauen aufgestellt werden. Diese Maßnahmen verletzen trotz gegenteiliger Beteuerungen die Substanz der NATO-Russland-Akte und verstärken die Gefahr einer (auch zufälligen) militärischen Konfrontation an der Westgrenze Russlands. Schon aus historischen Gründen verbietet sich, 75 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, insbesondere ein weiteres militärisches Engagement einer deutschen Armee in diesem Teil Europas.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- alle Planungen, die Bundeswehr an der Aufstellung eines neuen NATO-Bataillons in Litauen zu beteiligen und es durch deutsche Soldaten führen zu lassen, sofort zu stoppen;
- beim kommenden NATO-Gipfel in Warschau gegen diese Stationierungen zu stimmen;
- unabhängig vom Ausgang der NATO-Beratungen in Warschau keinesfalls Truppen der Bundeswehr in Litauen oder im östlichen Europa zu stationieren.

Berlin, den 31. Mai 2016

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

## Begründung

Statt deeskalierend zwischen NATO und EU einerseits und der Russischen Föderation andererseits zu wirken, trägt die Bundesregierung alle militärischen Eskalationsmaßnahmen der USA und einiger osteuropäischer NATO-Mitgliedstaaten – seien es Manöver, Truppenverlagerungen an die NATO-Ostflanke, der Aufbau einer NATO-Speerspitze – ausnahmslos mit. Bei den neuesten Beschlüssen über weitere Einheiten an der Westgrenze Russlands beteiligt sich auch die Bundesregierung nunmehr an der fantasievollen Uminterpretation der NATO-Russland-Grundakte. Die Verpflichtung, demgemäß keine „zusätzlichen substantiellen Kampftruppen dauerhaft“ in den osteuropäischen Nachbarstaaten zu stationieren, soll durch Rotationen dieser Truppen, darunter erstmals bewaffnete Kampftruppen der Bundeswehr, unterlaufen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist allein aus historischen Gründen gut beraten, keine Bundeswehrsoldaten an die russische Westgrenze zu verlegen. Zwei Weltkriege, die von Deutschland begonnen wurden, haben in Russland bzw. in der ehemaligen UdSSR jeweils die meisten Opfer hinterlassen. Allein der Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion von 1941 bis 1945, dessen Beginn sich am 22. Juni 2016 zum 75. Mal jährt, hat über siebenundzwanzig Millionen Bürger dieses Landes das Leben gekostet. Über drei Millionen sowjetische Soldaten sind in deutscher Kriegsgefangenschaft durch Erschießen und Verhungernlassen getötet worden. Diese deutsche Schuld verlangt eine ebenso große Sensibilität gegenüber Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken wie gegenüber Israel. Aus dieser Vergangenheit erwächst die politische und moralische Pflicht, ausgleichend in Europa zu wirken und sich allen Versuchen der politischen Isolation Russlands entgegenzustellen. Die Bundesrepublik Deutschland kann und muss, wie auch schon in den 1970er-Jahren unter der Regierung Brandt, den Boden für Entspannung und gemeinsame Sicherheit in Europa – gemeinsam mit Russland – bereiten.